

Weimars Verfassung

Eine Bilanz nach 100 Jahren

Herausgegeben von
Horst Dreier und Christian Waldhoff



WALLSTEIN VERLAG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
HORST DREIER	
Verfassungskontroversen der Weimarer Republik	9
JÖRN LEONHARD	
Das »Traumland der Waffenstillstandsperiode«: Verfassunggebung und Friedenssuche in der belagerten deutschen Republik 1918/19	57
CHRISTOPH SCHÖNBERGER	
Zwischen Versailler Vertrag und europäischer Verfassungswelle: Die Weimarer Reichsverfassung im internationalen Kontext	75
FABIAN WITTECK	
Status und Rolle der Länder und ihrer Verfassungen. Traditionsanknüpfung, Landesverfassung, Demokratieerfahrungen	87
ALMUT NEUMANN	
Preußen im Weimarer Bundesstaat – »Der Kern des Übels«?	119
CHRISTOPH GUSY	
Das Demokratieprinzip in der Weimarer Verfassung	139
ANNA-BETTINA KAISER	
Die Verfassung der Krisenrepublik – Reichstag versus Reichspräsident	179
FLORIAN MEINEL	
Sozialer Rechtsstaat und soziale Grundrechte: Verfassung und soziale Frage in Weimar	197
MATTHIAS JESTAEDT	
Inkubationszeit der Grundrechte. Der Zweite Hauptteil der Weimarer Reichsverfassung zwischen Herausforderung und Überforderung	217

GABRIELE BRITZ

Gleichberechtigungsgebote in der Weimarer Reichsverfassung:
frühe Ausgriffe in die Moderne 249

HANS MICHAEL HEINIG

»Es besteht keine Staatskirche« –

Das Verhältnis von Staat und Religion 265

CHRISTIAN WALDHOFF / HOLGER GREFRATH

Staatsverfassungsrecht vergeht, Kommunalverfassungsrecht besteht.

Zur Entstehung und Interpretation von Art. 127 WRV 275

ANDREAS WIRSCHING

Die Stabilität der Weimarer Demokratie

im internationalen Vergleich 305

Anhang

Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919

(RGBl. Nr. 152, S. 1383) 327

Abkürzungsverzeichnis 367

Autorinnen und Autoren 373

Personenregister 377

Sachregister 389

JÖRN LEONHARD

Das »Traumland der Waffenstillstandsperiode«: Verfassunggebung und Friedenssuche in der belagerten deutschen Republik 1918/19

I. Einleitung: Ernst Troeltsch und das »Traumland der Waffenstillstandsperiode«

Am 2. August 1914, ganz zu Beginn des Weltkrieges, hatte Ernst Troeltsch, Professor der Theologie an der Universität Heidelberg, eine bemerkenswerte Rede gehalten. Sie war weit mehr als ein Beitrag zum situativen Patriotismus der Stunde, zum Kulturkrieg der Intellektuellen und zu den deutschen »Ideen von 1914«, die man gegen die französischen Ideen von 1789 ausspielte. Der Krieg werde, da war sich der Heidelberger Theologe sicher, alle überkommenen Sicherheitsversprechen, die auf Rationalität beruhenden sozialen und staatlichen Ordnungsstrukturen aus dem 19. Jahrhundert und damit auch die Basis bürgerlicher Kultur radikal in Frage stellen: »So zerbrechen auch uns heute alle rationellen Berechnungen. Alle Kurszettel und Kalkulationen, die Versicherungen und Zinsberechnungen, die Sicherstellungen gegen Unfälle und Überraschungen, der ganze kunstreiche Bau unserer Gesellschaft hat aufgehört, und über uns allen liegt das Ungeheure, das Unberechenbare, die Fülle des Möglichen.«¹

Vier Jahre und sechs Monate später, im Frühjahr 1919, beobachtete Troeltsch als aufmerksamer Zeitgenosse in Berlin die Zeitläufte: Kriegsende und Revolution, das »Traumland der Waffenstillstandsperiode« (Juli 1919) und die vielfältigen Hoffnungen, die sich mit der Friedenskonferenz in Paris verbanden². Seine *Spectator*-Briefe sind ein einzigartiger Kommentar zu einer verdichteten und beschleunigten Zeit. In ihnen rang der Autor immer wieder darum, die Komplexität und Unübersichtlichkeit, das Nebeneinander der Ereignisse und Probleme zu ordnen und zu strukturieren. So zog er im Feb-

- 1 *Ernst Troeltsch*, Nach der Erklärung der Mobilmachung, 2. August 1914, in: Peter Wende (Hrsg.), *Politische Reden*, Bd. 3: 1914–1945, Frankfurt a. M. 1994, S. 9–19 (17 f.); *Jörn Leonhard*, *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*, 5. Aufl., München 2014, S. 240.
- 2 *Ernst Troeltsch*, Nach der Entscheidung (Juli 1919), in: ders., *Kritische Gesamtausgabe*, hrsgg. von Friedrich Wilhelm Graf, Christian Albrecht und Gangolf Hübinger, Bd. 14: *Spectator*-Briefe und Berliner Briefe (1919–1922), Berlin 2015, S. 125–132 (131).

ruar 1919 eine erste Bilanz der deutschen Revolution vom November 1918 und hob dabei hervor, wie innere Entwicklung und äußere Konstellation stets zusammenhingen und sich die deutsche Revolution direkt auf den Waffenstillstand auswirkte. Einerseits setzte Troeltsch ganz anders als 1914 seine Hoffnungen nun auf den »guten Kern des Sozialismus und das auch durch keine Restauration aufhaltbare Drängen zur Demokratie«, andererseits erkannte er die Tragweite der durch Krieg, Reparationen und Demobilisierung ausgelösten wirtschaftlichen Krise. So rechnete er mit »kolossaler Auswanderung, mit Geburtenrückgang, mit Wieder-Agrarisierung und nur einer dünnen industrielle[n] Decke«. Auch die internationale Entwicklung erschien ihm denkbar unsicher, wobei er wie wenige andere Zeitgenossen politische und wirtschaftliche Entwicklungen, den Durchbruch zur Massendemokratie und die Bedingungen eines globalen Kapitalismus reflektierte. Die Gegenwart erschien charakterisiert durch viele »unsichere Rechnungen, von der Entwicklung des ›Völkerbundes‹ und der Weltrationierung der Rohstoffe, sowie von der Gestaltung der Lohnverhältnisse«. Angesichts der Gleichzeitigkeit, des Nebeneinanders und der Verflechtung der Ereignisse formulierte er im ersten Spectator-Brief im Februar 1919 auch ein Leitmotiv dieses Jahres: »Die ganze Welt wird anders. Es ist noch lange nicht aller Tage Abend.«³

In diesen beiden Sätzen formulierte Troeltsch ein eigenartiges Nebeneinander von Veränderung, Beschleunigung und offenem Ausgang. Diese Prozesse, da war er sich sicher, ließen sich nicht mehr auf jene europäischen Staaten und Gesellschaften reduzieren, die 1914 in den Krieg eingetreten waren. Die Offenheit der historischen Situation, das Element des Fluiden, war zu einem globalen Phänomen geworden. Troeltsch beschrieb diesen Moment nicht zufällig als »Traumland« zwischen dem Ende des Krieges und vor den ausformulierten Friedensschlüssen von 1919: als Phase der großen Erwartungen, die der Krieg mit jedem Monat und jedem Jahr akkumuliert hatte, als Forum weitgespannter und überspannter Hoffnungen, die sich jetzt kreuzten, verknüpften, überlagerten – und doch schon im Begriff waren, sich an der Realität konkurrierender Interessen und Ideologien zu brechen⁴.

Am Ende des Krieges schien die Offenheit des Übergangs, der Moment zwischen Vergangenheit und Zukunft, zu einem globalen Phänomen geworden. Die Deutschen erfuhren dieses Nebeneinander in besonderer Weise: Der »Simplicissimus« vom 31. Dezember 1918 zeigte einen nackten dünnen Michel in einer Winterlandschaft. Er erinnerte die Deutschen an die schmerzvolle Ambivalenz der neuen Freiheit, die in der Gleichzeitigkeit von Be-

3 Ernst Troeltsch, Rück- und Umblick 2 (Februar 1919), in: ders., Gesamtausgabe, Bd. 14 (Fn. 2), S. 59–64 (57 f.).

4 Jörn Leonhard, Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923, 2. Aufl., München 2019, S. 19–21.

lastung und Offenheit, Hunger und Umwälzung, Entbehrung und Emanzipation, wie ein Kondensat dieses ganzen Jahres 1918 wirkte. Das eine schien nicht ohne das andere denkbar: »Nun bin ich frei. / Von Kleidern und Stoffen und Glauben und Hoffen. / Von Handel und Kauffahrt. / Von Möbeln und Betten und Strafen und Ketten, / Religion und Klerisei, / Von Schinken und Würsten, / von Gold und von Fürsten / Und bitterer Tyrannei / Bin ich jetzt frei. / Nun bin ich frei. / Von Arbeit und Streben und ruhigem Leben, / Von Zucker und Fett und Ei, / Von Eisenbahnwagen und Glück und Behagen / Und Vaterlandspartei, / Von Freunden und Stützen und Ruhm und Geschützen, / Von Mittel-Europageschrei / Bin ich jetzt frei.«⁵

Was kennzeichnete die besondere deutsche Erfahrung, den deutschen Weg über Compiègne im November 1918 nach Versailles im Juni 1919, von Kiel nach Berlin und Weimar, und was bedeutete dieser Kontext für die Verfassungsberatungen ab Februar 1919 in Weimar und das Gehäuse der deutschen Demokratie? Wie verändert sich unser Blick, wenn wir nicht durch die Linsen von 1945 oder 1933 auf diesen Übergang von Krieg in den Nachkrieg blicken, sondern aus der widersprüchlichen, multipolaren Offenheit des Moments? Die folgenden Überlegungen konzentrieren sich auf zwei Perspektiven: auf die besondere deutsche Erfahrung des Kriegsendes und den Zusammenhang zwischen der inneren und äußeren Entwicklung 1918/19, auf den Konnex zwischen Weimar und Paris.

II. »Wie dieser Krieg zu Ende geht«:

Der Zusammenhang zwischen dem 9. und 11. November 1918 als Erfahrungsscharnier

Im Januar 1918 war sich Max Weber sicher gewesen: Alle Lebensbereiche würden von der Grundfrage berührt werden, »wie dieser Krieg zu Ende geht«.⁶ Und so war es: Das galt zunächst für das Verhältnis von Form und Inhalt des Kriegsendes. Die tradierte Form eines Waffenstillstands, gefolgt von einem Vorfriedensvertrag mit allgemeinen Bestimmungen, um die Kampfhandlungen zu beenden und dann auf einer allgemeinen Friedenskonferenz Details in ausführlichen Verhandlungen zu klären, wurde bereits im Oktober und November 1918 durchbrochen. Zudem enthielt bereits der Waffenstillstand von Compiègne Elemente symbolischer Demütigung und einer neuartigen emotionalen Aufladung der Politik. Dies sowie die bewusst inszenierte

5 *Simplicissimus*, 31. Dezember 1918; Leonhard, Frieden (Fn. 4), S. 462.

6 Brief von Max Weber an Erich Trummel vom 17. Januar 1918, in: Max Weber, Gesamtausgabe, Abt. II, Briefe, Bd. 10: Briefe 1918–1920, hrsgg. von Gerd Krümlich und M. Rainer Lepsius, Tübingen 2012, 1. Halbbd., S. 67.

Asymmetrie zwischen Siegern und Besiegten sollte die politische Kommunikation der kommenden Monate bestimmen, indem den Besiegten kein offizielles Forum für Verhandlungen eingeräumt wurde⁷.

Webers Frage nach dem »wie« zeigte sich bei den Siegern, denn die konkrete Ausgestaltung der Waffenstillstände band sie im Blick auf die bevorstehende Friedenskonferenz und schränkte ihre Handlungsspielräume bereits lange vor der Eröffnung der Pariser Friedenskonferenz am 18. Januar 1919 ein. In der Haltung vieler Akteure offenbarte sich im Oktober und November 1918 eine Kontinuität des Kriegshabitus: im permanenten Verweis auf Entschlossenheit, Durchhaltewillen und Nervenstärke. Das machte es schon jetzt so schwierig, auch nur die geringste Konzession zu gewähren, stellte sie vielmehr unter den Verdacht der Charakterschwäche und des Verrats an den unzähligen Opfern des Krieges. Das erklärte den Zusammenhang zwischen inhaltlicher und symbolischer Härte des 11. November, die Aufrechterhaltung der Blockade als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln genauso wie die vom französischen Marschall und Oberbefehlshaber der alliierten Truppen Foch erzwungene formale Bitte der Deutschen um einen Waffenstillstand als demonstrative Geste der Unterwerfung.

Der Charakter des Kriegsendes wirkte sich in besonderer Weise auf den deutschen Umgang mit dem Waffenstillstand nach dem »Entzauberungsschlag« aus, nachdem der bis zum Schluss offen scheinende Ausgang des Krieges seit Ende September 1918 in die konkrete Niederlage umgeschlagen war, auf welche die meisten Deutschen so jedenfalls nicht vorbereitet waren⁸. Die radikale Alternative, dem verlorenen Staatenkrieg einen Volkskrieg an den Grenzen Deutschlands folgen zu lassen, hatte eine emotionale und eine rationale Dimension, und sie wurde in den zeitgenössischen Reaktionen bei Max Weber, Ernst Troeltsch oder Walther Rathenau erkennbar: Sie beleuchtete die von vielen Deutschen ehrlich empfundene Verzweiflung, dass ein 52-monatiges Ringen mit so vielen Opfern nicht »umsonst« sein und in einen solchen Waffenstillstand münden dürfe, der dem Deutschen Reich auf lange Sicht alle Handlungsoptionen zu rauben schien. Der befürchtete Gewaltfrieden kam in dieser Perspektive einer Entehrung der Nation gleich. Noch einmal vertrauten Zeitgenossen darauf, dass der Wille der Einzelnen auch eine technische und quantitative Überlegenheit der Gegner kompensieren könne – jetzt nicht mehr auf französischem oder belgischem Boden oder den

7 Leonhard, Frieden (Fn. 4), S. 143–144.

8 Joachim Fest, Hitler. Eine Biographie (1973), 10. Aufl., Frankfurt a.M. u. a. 1981, S. 113; Peter Graf Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt a.M. 1968, S. 671 und 662–663; Erich Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, Bd. 1: Vom Zusammenbruch des Kaisertums bis zur Wahl Hindenburgs, Zürich 1954, S. 45–50.

weiten Schlachtfeldern Osteuropas, sondern im eigenen Land. Rational konnte man wie Rathenau oder Weber argumentieren, dass der Krieg vielleicht nicht mehr zu gewinnen sei, man jedoch durch eine mindestens temporäre Fortsetzung immerhin auf bessere Konditionen hoffen könne, während vorschnelle Konzessionen solche Möglichkeiten von vornherein ausschlossen. Es war kennzeichnend, dass die militärischen Spezialisten in den wirklich entscheidenden Momenten weder vor dem 11. November 1918 noch vor dem 28. Juni 1919 einen solchen Volkskrieg ernsthaft in Betracht zogen⁹.

Damit rückte die andere Alternative in den Vordergrund, nämlich die Hoffnung auf einen Rechtsfrieden, der dem demokratischen Ideal der Republik als Volksstaat korrespondierte. Diese Perspektive stützte sich auf die Grundsätze des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, von dem man erwartete, dass er die viel weitergehenden Forderungen der Alliierten in Paris, London und Rom, zumal der französischen Führung, würde eindämmen können. Diese deutsche Einschätzung war keinesfalls unbegründet, weil als Ergebnis des deutsch-amerikanischen Notenwechsels im Vorfeld des Waffenstillstands die Vierzehn Punkte und die Position Wilsons als Grundlage der Friedenskonferenz von allen Akteuren anerkannt worden waren. Vor diesem Hintergrund erschienen der Waffenstillstand, aber auch die Parlamentarisierung der Monarchie und schließlich die erzwungene Abdankung Kaiser Wilhelms II., als situative Konzessionen im Oktober und November 1918. Die Bedingungen des künftigen Friedensvertrags jedenfalls hoffte man im Rahmen echter Verhandlungen revidieren zu können, indem man die offenkundigen Interessengegensätze der Sieger ausnutzte. In dieser Logik glaubte man die Vorleistungen für einen günstigen Friedensschluss einbringen zu können. Zumal die Vertreter der Sozialdemokratie setzten darauf, mit diesen Maßnahmen die Glaubwürdigkeit des neuen deutschen Volksstaates unter Beweis zu stellen und auf dieser Basis auf die Solidarität anderer Regierungen in Europa mit linker Beteiligung setzen zu können. Hier offenbarte sich ein grundlegender Zusammenhang zwischen der politisch-konstitutionellen Entwicklung des Kaiserreichs und der Suche nach einem stabilen Frieden, der sich bereits im Scharnierjahr 1917 und der Friedensresolution des Reichstages gezeigt hatte und der als Erbschaft des Weltkrieges weiterwirken sollte.

Doch steckte in dieser Projektion eine mehrfache Fehleinschätzung der deutschen Politik. Denn die Fokussierung auf einen Rechtsfrieden unter Verzicht auf größere Gebietsverluste und erhebliche Reparationen verstärkte, gewollt oder ungewollt, den Eindruck, man habe den Krieg militärisch nicht verloren, könne sich auf Klauseln berufen, die beide Seiten durch einen »pactum de contrahendo« banden, und auf einen Friedensvertrag hoffen, der

9 Leonhard, Frieden (Fn. 4), S. 284–285.

keine Sieger und Verlierer kannte. Die deutsche Interpretation der Vierzehn Punkte stilisierte Wilson zu einer Hoffnungsfigur und überschätzte seine effektive Handlungsfreiheit, die sowohl innerhalb der Siegermächte als auch inneramerikanisch bereits im November nicht mehr unumschränkt war. Die deutsche Haltung unterschätzte zudem die Wirkung des Krieges auf die Gesellschaften der Alliierten, das vor allem in Frankreich dominierende Gefühl der erlittenen Verwundung und anhaltenden Verwundbarkeit durch einen weiter existierenden deutschen Nationalstaat.

Sie überschätzte aber auch die eigene Glaubwürdigkeit in den Augen der Alliierten und der Vereinigten Staaten. Weder war im November 1918 der Friedensschluss von Brest-Litowsk vom März 1918 vergessen, noch sprach das Verhalten der militärischen Führung in den letzten Wochen des Krieges, von den systematischen Zerstörungen beim Rückzug deutscher Truppen in Nordfrankreich bis zu den Überlegungen der Marineleitung für eine letzte Operation, für die Durchsetzungsfähigkeit der neuen zivilen Reichsleitung. Verhängnisvoll wirkte sich daher die zeitliche Länge des deutsch-amerikanischen Notenwechsels von Oktober bis November 1918 aus. Denn während das Militär die Anstrengungen der Reichsleitung durch eigene Aktionen konterkarierte, katalysierte der sich über fünf Wochen hinziehende Austausch die Erosion des deutschen Kriegsstaates bis hin zur Ablösung der Monarchie, die am Ende als Hindernis auf dem Weg zum Frieden erschien und die Friedensbewegung von unten entscheidend politisierte. Während viele Deutsche darauf setzten, dass die Vorleistungen von den Siegern gewürdigt werden würden, band diese Konstellation die Revolution und die aus ihr hervorgegangene demokratische Republik an die Niederlage und den Weg nach Compiègne – und musste sie in dem Augenblick belasten, in dem der Charakter des künftigen Friedens offensichtlich wurde. So definierte der November 1918 die Fallhöhe für den Mai und Juni 1919. Das bildete die entscheidende Voraussetzung für die Wahrnehmung der Revolution und der Republik als etwas von außen Aufgezwungenes, als Fremdkörper, und schuf den eigentlichen Nährboden für die Metapher des Dolchstoßes. Nicht das Verratsnarrativ war neu, sondern seine enorme Wirkung, die eine Nachfrage, ein Deutungsvakuum, voraussetzte¹⁰.

¹⁰ Leonhard, Frieden (Fn. 4), S. 284–286.

III. Krisenverdichtung und Stabilisierungsleistung: Die neue Republik 1918/19

Der Zusammenhang zwischen dem Innen und Außen der Entwicklung, zwischen Weimar und Paris, zwischen innenpolitischer und innergesellschaftlicher Ordnungssuche und den noch gar nicht absehbaren Bedingungen des künftigen Friedensvertrags, der schon die Daten des 9. und 11. November 1918 charakterisiert hatte, setzte sich fort. Denn während am 18. Januar 1919 in Paris die Friedenskonferenz als Vorkonferenz ohne Beteiligung der Deutschen begann, geschichtspolitisch akzentuiert im Blick auf die Proklamation Wilhelms I. zum deutschen Kaiser in Versailles am 18. Januar 1871, fanden am 19. Januar 1919 in der neuen deutschen Republik Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung statt.

Als die Versammlung in Weimar zusammentrat, stellten sich viele Deutsche die Frage, wie die neue Republik das Vakuum der Institutionen und der Gefühle ausfüllen werde, das in Deutschland im dramatischen Herbst 1918 aus dem Weltkriegsende, der Kriegsniederlage und der Revolution entstanden war¹¹. Die Urteile der Zeitgenossen fielen denkbar unterschiedlich aus. In seinem Tagebuch vom 12. Februar 1919 vermerkte Thomas Mann: »Die National-Versammlung ist eröffnet. Ebert zum Reichspräsidenten gewählt. Seine Ansprache sympathisch, endend in ein stehend u. begeistert aufgenommenes Hoch auf Vaterland und Volk. Mutet doch an wie ein erster Gehversuch nach dem Kollaps, wie Wiederkehr von Würde u. Selbstgefühl.«¹² Der Flaneur par excellence des Kaiserreichs, Harry Graf Kessler, dagegen notierte am gleichen Tag mit unverhohlener Skepsis: »Ebert ist heute von der Nationalversammlung zum Reichspräsidenten gewählt worden. Ein gekrönter Sattlermeister; solide, sympathisch und tüchtig, ob politisch fruchtbar, zum mindesten fraglich. Ein großer Schädel, dick und schwer, der keine Seitensprünge machen wird; insofern besser als Wilhelm II. Aber ich fürchte, noch kein Cromwell.«¹³

Ernst Troeltsch blickte tiefer, über den Tag und die Person hinaus. Zwei Monate nach der Wahl Friedrich Eberts, im April 1919, konstatierte er als

- ¹¹ Zum folgenden Jörn Leonhard, Die belagerte Republik und die Würde der Demokratie: Friedrich Ebert und das 20. Jahrhundert der Deutschen, in: 100. Jahrestag der Wahl Friedrich Eberts zum Reichspräsidenten. Matinee des Bundespräsidenten am 11. Februar 2019. Dokumentation der Reden (Kleine Schriften der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte 36), Heidelberg 2019, S. 24–49 (25 ff.).
- ¹² Thomas Mann, Eintrag vom 12. Februar 1919, in: ders., Tagebücher 1918–1924, hrsgg. von Peter de Mendelssohn, Frankfurt a. M. 1979, S. 149.
- ¹³ Harry Graf Kessler, Eintrag vom 11. Februar 1919, in: ders., Das Tagebuch, Bd. 7: 1919–1923, hrsgg. von Angela Reinthal, Stuttgart 2007, S. 131–133 (133).

sichtbarstes Kennzeichen der neuen Republik ihre Schwunglosigkeit und die so sehr beschränkten Handlungsspielräume: »Die Behandlung der außen- und innenpolitischen Fragen durch Regierung und Parlament, vor allem das Auftreten des Parlaments selbst, hat viele enttäuscht. Ein sehr großer geistiger Zug ist beiden sicherlich nicht nachzurühen. Aber wo soll der in der Kümmerlichkeit der ganzen Lage, wo jeder Fuß breit Ordnung erst in unendlicher Kleinarbeit erstritten werden muß und wo die Männer der Interessen der kleinen Leute mit den in der Gewerkschaftsarbeit erprobten Mitteln an die großen Weltfragen und allgemeinsten Lebensfragen herangehen müssen, herkommen?« Die führende Intelligenz sei durch Obstruktion gekennzeichnet, Beamte stellten sich allein auf den »Boden der Tatsachen«, zum Teil auch in Widerstandshaltung. Die Massen seien enttäuscht, da sie nur Papiergeld in Mengen, doch keine Gütermengen sähen. Für alle Probleme werde die Demokratie als neue Staatsform verantwortlich gemacht: »Es ist ein allgemeiner Ansturm der Enttäuschten, der Ideologen und der Restaurationsmänner gegen die Demokratie, die man anfangs so hoch zu preisen wußte.« So komme es zur »Verwerfung der öden und geistlosen ›Formaldemokratie‹«, bei der man den »großen Schwung« und die »großen Ideen, die grundsätzliche Neuheit, die Kraft und Größe der Herrschgesinnung« vermisst¹⁴.

Angesichts der tiefen Erschütterung und tiefen Verunsicherung, die die Deutschen seit dem Herbst 1918 erfasst hatte und die den Zusammentritt der Verfassungsgebenden Nationalversammlung und die Wahl Friedrich Eberts zum ersten Reichspräsidenten gründierte, bedeuteten der 6. und der 11. Februar 1919 vor allem eine erste Stabilisierung der neuen Republik in einer denkbar kritischen Situation. Denn während in Paris die Friedenskonferenz tagte, von der der territoriale Bestand und die politische wie wirtschaftliche Zukunft der neuen Republik wesentlich abhängen sollten, schien in Deutschland die Gefahr eines Bürgerkrieges virulent, von den Konsequenzen des Krieges wie der anhaltenden Blockade, der Lebensmittelkrise und der Demobilisierung Hunderttausender Soldaten zu schweigen.

Zu dieser akuten Krisenkonstellation kamen die längerfristig geprägten Erfahrungen der Sozialdemokraten um Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann, denen seit dem 9. November 1918 die politische Schlüsselrolle zufiel. Als stärkste Fraktion im Berliner Reichstag hatte die SPD, aller revolutions-attentistischen Rhetorik zum Trotz, bereits vor dem August 1914 die Erwartung verkörpert, das Kaiserreich könne sich in seiner besonderen Modernität und seinem Zukunftsversprechen jenseits des autokratischen Militär- und Obrigkeitsstaates, als global erfolgreiche Industriegesellschaft, als Rechts-

14 Ernst Troeltsch, Der Ansturm gegen die Demokratie (Mai 1919), in: ders., Gesamtausgabe, Bd. 14 (Fn. 2), S. 93–98 (94).

Sozial- und Bildungsstaat evolutionär weiterentwickeln. Mit ihrem hart erarbeiteten Gewicht im Parlament und in der Öffentlichkeit hatte die Partei Friedrich Eberts vor diesem Hintergrund etwas zu verlieren. Die Zustimmung der SPD zum Krieg bot aus dieser Perspektive die Chance, die gelungene Integration dieser Partei in den Nationalstaat zu dokumentieren und aus der patriotischen Kriegseistung langfristig, politisches Kapital zu bilden und für die weitere Umgestaltung von Staat und Gesellschaft zu nutzen. Dazu passte die parlamentarische Stärke der SPD als Errungenschaft im Kaiserreich mit seinem demokratischen Männerwahlrecht auf Reichsebene. Die in dieser Vorstellungswelt sozialisierten Parteiarbeiter setzten nicht auf die marxistische Revolution von unten, sondern auf die schrittweise Umgestaltung, die Anerkennung der Gewerkschaften, die Ausweitung des Wahlrechts, die Ausgestaltung politischer und sozialer Partizipation sowie den Wandel von der konstitutionellen zur parlamentarischen Monarchie¹⁵.

Als sich im Herbst 1918 die militärische Niederlage des Deutschen Kaiserreichs abzuzeichnen begann, erkannte Ebert, dass sich seine Partei auf eine krisenhafte Situation einstellen und Verantwortung übernehmen müsse. Schon jetzt, Ende September 1918, und angesichts einer zunehmend antimonarchischen Stimmung reagierte Ebert mit großer Konsequenz auf die Erosion der politischen Autorität. Dahinter stand zum einen die Erfahrung der Zusammenarbeit zwischen Mehrheitssozialdemokratie, Zentrum und Linksliberalen im Interfraktionellen Ausschuss seit 1917, in der sich politisch-konstitutionelle Reformforderungen und Friedenssuche überlagert hatten, zum anderen aber die Spaltung zwischen Mehrheitssozialdemokratie und der unabhängigen SPD. Jetzt, im Herbst 1918, schwor Ebert die SPD darauf ein, sich auf die bürgerlichen Parteien zu konzentrieren und eine Wiederholung der bolschewikischen Revolution in Deutschland unter allen Umständen zu verhindern. Dies sollte den weiteren Kontext der Verfassungsgebung bilden: »Wollen wir jetzt keine Verständigung mit den bürgerlichen Parteien und der Regierung, dann müssen wir die Dinge laufen lassen, dann greifen wir zur revolutionären Taktik, stellen uns auf die eigenen Füße und überlassen das Schicksal der Partei der Revolution. Wer die Dinge in Rußland erlebt hat, der kann im Interesse des Proletariats nicht wünschen, daß eine solche Entwicklung bei uns eintritt. Wir müssen uns im Gegenteil in die Bresche werfen, wir müssen sehen, ob wir genug Einfluß bekommen, unsere Forderungen durchzusetzen und, wenn es möglich ist, sie mit der Rettung des Landes zu verbinden, dann ist es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, das zu tun.«¹⁶

15 Leonhard, Republik (Fn. 11), S. 28 f.

16 Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion. Montag, den 23. September 1918, im Reichstagsgebäude zu Berlin, als Manuskript gedruckt in: Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie

Vor diesem Hintergrund verfolgte die Führung der SPD seit dem Herbst 1918 eine dreifache Strategie: erstens die Bildung des Rats der Volksbeauftragten zusammen mit der USPD, den die Arbeiter- und Soldatenräte akzeptierten, zweitens die erwähnte Praxis weitgehender Kompromisse gegenüber dem Militär im Ebert-Groener-Pakt vom 10. November, sowie gegenüber der Bürokratie, der Diplomatie sowie den Arbeitgebern. In dem seit Oktober verhandelten und wegen der Revolution erst am 15. November 1918 verabschiedeten Zentralarbeitsgemeinschafts-Abkommen zwischen den Führungen der Großindustrie und der Gewerkschaften unter ihren Repräsentanten Hugo Stinnes und Carl Legien wurden Grundzüge einer korporatistischen, also einer auf Beteiligung von Gewerkschaften und Arbeitnehmern hin orientierten Sozialverfassung, und der Achtstundentag festgeschrieben. Während es den Führern der Gewerkschaften gelang, als offizielle Vertreter der Arbeiter anerkannt zu werden, konnten die Unternehmer mit dem Abkommen großangelegte Sozialisierungen in der deutschen Industrie verhindern und eine kapitalistische Eigentumsstruktur erhalten. Dazu kam drittens der Primat einer möglichst baldigen Verfassungsgebung durch eine gewählte Nationalversammlung. Der deutsche Volksstaat als Gehäuse der demokratischen Republik erschien in diesem Sinne als Instrument der innergesellschaftlichen Revolutionsprophylaxe und stand zugleich in Kontinuität früherer Reformansätze seit 1917. Zumal der ausgeprägte Antibolschewismus der MSPD-Führer wirkte sich dabei aus. Schließlich hoffte man, durch eine innere Stabilisierung eine bessere Basis für die deutsche Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz zu schaffen.

Der am 16. Dezember 1918 in Berlin zusammentretende Allgemeine Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte bestätigte Eberts Kurs und ermöglichte die Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919. Ebert bekannte sich dabei ausdrücklich zur Rolle seiner Partei, zur Eindämmung der Gewalt und der evolutionären Ausgestaltung der neuen Republik auf der Grundlage einer Verfassung. Der demokratische Volksstaat als Gehäuse für Freiheit und Recht erschien als Basis für die innere Befriedung und die äußere Stabilisierung des Landes: »Gewaltherrschaft hat uns ins Verderben gestürzt; nun dulden wir keinerlei Gewaltherrschaft mehr, komme sie, von wem sie wolle. Je eher wir dazu gelangen, unsern deutschen Volksstaat auf feste Rechtsgrundlagen des Willens der ganzen Nation zu stellen, um so eher wird die deutsche Volksrepublik gesund und stark, um so eher kann sie an die Erfüllung ihrer großen sozialistischen Ziele herange-

1898 bis 1918, Zweiter Teil, bearbeitet von Erich Matthias und Eberhart Pikart, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe: Von der konstitutionellen Monarchie bis zur parlamentarischen Republik, Bd. 3/II, Düsseldorf 1966, S. 419–460 (442).

hen. Das siegreiche Proletariat richtet keine Klassenherrschaft auf. Es überwindet zunächst politisch, dann wirtschaftlich die alte Klassenherrschaft und stellt die Gleichheit alles dessen her, was Menschenantlitz trägt. Das ist der große ideale Gedanke der Demokratie. Wer ihn ganz und restlos in sich aufgenommen hat, kann den dauernden Frieden erringen, kann ein vollgültiges Mitglied der Familie der freien Völker werden.«¹⁷ Das war ein Zukunftsmodell für Deutschland: innen-, verfassungs-, gesellschaftspolitisch und außenpolitisch, wie eine eigene deutsche Konzeption für einen Völkerbund unterstrich.

Doch aus dem Übergang vom Krieg zum Frieden und von der Monarchie zur Republik resultierten auch enorme Widersprüche, Glaubwürdigkeitsdefizite und Krisenmomente, die sich auf die Verfassungsgebung in Weimar auswirken sollten. Schon die Position der SPD-Führung zum Zusammenhang von Revolution und Kriegsende war zunächst nicht völlig widerspruchsfrei. Friedrich Eberts Ansprache anlässlich der Heimkehr der deutschen Truppen in Berlin gipfelte in der Aussage: »Kein Feind hat Euch überwunden! Erst als die Übermacht der Gegner an Menschen und Material immer drückender wurde, haben wir den Kampf aufgegeben.«¹⁸ Der oft zitierte erste Satz dieser Willkommensbotschaft las sich wie eine indirekte Bestätigung der Dolchstoßlegende, obgleich der zweite Teil diese Interpretation bereits korrigierte.

Die zweite Problematik betraf die enge, zuweilen fast arglos anmutende Zusammenarbeit mit den militärischen Eliten, auf die Ebert im Augenblick der Krise glaubte, nicht verzichten zu können – doch schuf dieses Verhalten die Basis für ein Militär, das sich später als »Staat im Staate« begriff. Das schloss seit November 1918 auch eine indulgente Haltung gegenüber den paramilitärischen Verbänden der Freikorps ein, auf die man in Krisenmomenten oder wahrgenommenen Notwehrsituationen zurückgriff, um Angriffe von links abzuwehren. In der blutigen Niederschlagung des Spartakus-Aufstandes im Januar 1919, mit dem die radikale Linke das Zeichen für eine deutsche Oktoberrevolution geben wollte, eskalierte diese nicht kontrollierte Gewalt der Paramilitärs im politischen Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Die Spaltung der Linken erhielt dadurch eine neue, emotionale Wucht.

Das dritte Problem verwies auf eine fundamentale Fehleinschätzung. Seit dem Notenwechsel zwischen deutschen und amerikanischen Diplomaten im

17 *Friedrich Ebert*, Rede auf dem Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte (16. Dezember 1918), in: ders., Schriften, Aufzeichnungen, Reden, hrsgg. von Friedrich Ebert jun., Dresden 1926, S. 137–140 (139); *Leonhard*, Republik (Fn. II), S. 34 ff.

18 *Friedrich Ebert*, An die heimkehrenden Truppen (10. Dezember 1918), in: Ebert, Schriften (Fn. 17), S. 127–130 (127).

Oktober 1918 setzten die führenden SPD-Politiker, wie oben angedeutet, auf einen vom amerikanischen Präsidenten Wilson bestimmten Frieden, den man mit einer neuartigen internationalen Rechtsordnung im Rahmen des künftigen Völkerbunds, nationaler Selbstbestimmung und einem friedlichen Konfliktausgleich verband. Aufgrund der von Deutschland mit den Oktoberreformen und der Abdankung des Kaisers erbrachten Vorleistungen glaubte zumal Friedrich Ebert, auf diesen Frieden Anspruch erheben zu können – ohne jedoch die Rolle des Kaiserreichs vor 1914 und in der Julikrise kritisch zu reflektieren. Ebert verlieh dieser Haltung bei der Eröffnung der im Januar 1919 gewählten Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 6. Februar 1919 Ausdruck, indem er den »Wilson-Frieden« zur Grundlage für eine faire Behandlung Deutschlands nach dem Neuanfang erklärte: »Im Vertrauen auf die Grundsätze des Präsidenten Wilson hat Deutschland die Waffen niedergelegt. Jetzt gebe man uns den Wilson-Frieden, auf den wir Anspruch haben.«¹⁹

Dieser besondere Zusammenhang zwischen der äußeren und der inneren Krise bestimmte die Verhandlungen der Nationalversammlung in Weimar. Ebert bekannte sich in seiner programmatischen Eröffnungsrede zur Revolution vom November 1918, die durch die Verfassungsgebung zugleich in die Bahnen einer repräsentativen Demokratie überführt werden sollte: »Die provisorische Regierung verdankt ihr Mandat der Revolution. Die wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen«, die der »höchste und einzige Souverän in Deutschland« sei. Mit seiner Rede zog Ebert zugleich eine Bilanz der letzten drei Monate und verteidigte die revolutionär durchgesetzte Volkssouveränität: »In der Revolution erhob sich das deutsche Volk gegen eine veraltete, zusammenbrechende Gewaltherrschaft.« Mit den »alten Königen und Fürsten von Gottes Gnaden« sei es nun »für immer vorbei«. Keinen Zweifel ließ er an der Niederlage Deutschlands und wies die Dolchstoßlegende, mit der Paul von Hindenburg und Generalfeldmarschall August von Mackensen die militärische Verantwortung für die Niederlage ablehnten und sie auf die angeblich defätistische, von links unterwanderte Heimatfront abschoben, jetzt entschieden zurück: »Wir haben den Krieg verloren [...] Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution [...] Es war die Kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte. Nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten und angesichts der militärischen und wirtschaftlichen Lage konnte sie nicht anders handeln. Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das

19 *Friedrich Ebert*, Rede zur Eröffnung der Nationalversammlung (6. Februar 1919), in: ders., *Reden als Reichspräsident (1919–1925)*, hrsgg. von Walter Mühlhausen, Bonn 2017, S. 59–69 (63); *Leonhard*, *Republik* (Fn. 11), S. 35 ff.

die verfehlte Politik der alten Gewalten und der leichtfertige Übermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt haben.«²⁰

Bekannte sich Ebert am Anfang seiner Rede zur Parlamentarisierung und den »unaufschiebbaren Veränderungen auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet«, endete er mit einem Appell, der zum Ort des Deutschen Nationaltheaters in Weimar passte und Deutschland auf eine nationalkulturelle Integration verpflichtete, um die Belastungen der Vergangenheit zu überwinden: »Die alten Grundlagen der deutschen Machtstellung« seien »für immer zerbrochen« und »so müssen wir hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. Es charakterisiert durchaus die nur auf äußeren Glanz gestellte Zeit der Wilhelminischen Ära [sic!] das Lassallesche Wort, daß die klassischen deutschen Denker und Dichter nur im Kranichzug über sie hinweggeflogen seien. Jetzt muß der Geist von Weimar, der Geist der großen Philosophen und Dichter, wieder unser Leben erfüllen. Wir müssen die großen Gesellschaftsprobleme in dem Geist behandeln, in dem Goethe sie im zweiten Teil des ›Faust‹ und in ›Wilhelm Meisters Lehrjahre‹ behandelt hat.«²¹

Doch der bildungsbürgerlich anmutende Verweis auf das Erbe der Nationalkultur stand in einem eigenartigen Kontrast zur Situation der Republik in diesem Moment. Die in Weimar versammelten Abgeordneten setzten darauf, die Republik trotz der belastenden Situation durch die Ausarbeitung einer Verfassung zu stabilisieren – obwohl man zu diesem Zeitpunkt die Bedingungen noch gar nicht absehen konnte, die sich für die Republik aus dem künftigen Friedensvertrag ergeben würden. Gleichzeitig drohte die von Frankreich unterstützte Abspaltung von Gebieten aus dem deutschen Staatsverband. Weil man in Paris von allen direkten Gesprächen ausgeschlossen war, verfolgte die deutsche Führung die Nachrichten über den Verlauf der Friedenskonferenz aufmerksam und versuchte über verschiedene Kanäle, weitere Informationen zu erhalten, um sich auf die erhofften Verhandlungen in Paris vorzubereiten. Die über 180 Personen umfassende deutsche Konferenzdelegation befand sich bis Ende April 1919 in permanenter Wartestellung, was eine enorme Anspannung auslöste.²²

Trotz dieser erheblichen Belastungen waren sich in Weimar viele Abgeordnete auch der historischen Chance bewusst. Die Verfassungsberatungen jedenfalls gingen in diesen Bezügen und Verflechtungen zwischen Weimar und Paris nicht auf. Hugo Preuß hatte als Staatssekretär des Innern im Auftrag des Rats der Volksbeauftragten einen Verfassungsentwurf ausgearbeitet. Als er

20 *Ebert*, Rede zur Eröffnung der Nationalversammlung (Fn. 19), S. 59 ff.

21 *Ebd.*, S. 60 und S. 68 f.

22 *Leonhard*, *Republik* (Fn. 11), S. 39 f.

ihn am 8. Februar einbrachte, verglich er die Situation von 1919 mit der von 1848: »Damals nach einer langen Zeit des Friedens ein aufsteigendes Volk, das beseelt war von dem Wunsche, sich das Ideal seines nationalen Zusammenlebens zu schaffen; heute ein Volk nach schweren Kriegsleiden, nach dem Verlust eines der gewaltigsten Kriege in der Weltgeschichte.« Doch während die Initiative der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 gescheitert sei, betonte Preuß trotz aller Belastungen die Chance auf einen Erfolg der Weimarer Nationalversammlung: »Damals ist wesentlich an dem Widerstande der dynastischen Mächte in Deutschland das Werk der Frankfurter Nationalversammlung gescheitert. Solcher Widerstand ist heute durch die Tatsache der Revolution ausgemerzt.«²³

Im Blick auf die Pariser Friedenskonferenz brachten viele Abgeordnete in Weimar ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass man mit der Arbeit an der Verfassung die Glaubwürdigkeit Deutschlands als demokratische Republik festigen könne, die auch der deutschen Position in der internationalen Politik zugutekommen müsste. So bekannten sich Politiker der Mehrheitssozialdemokratie wie des Zentrums und der Linksliberalen, die sich bereits seit 1917 zusammengefunden hatten, zur Aufnahme der Grundrechte in die Verfassung und die Bindung der Republik an das Völkerrecht als »Brücke zur Völkergemeinschaft«.²⁴ Im Sommer 1919 sollte der Sozialdemokrat Eduard David, erster Präsident der Weimarer Nationalversammlung und ab Juni Reichsinnenminister, die neue Ordnung als die »demokratischste Demokratie der Welt« bezeichnen.²⁵

Hier, in Weimar, zeigte sich allerdings auch die Ambivalenz von Tradition und Neubeginn, von Kontinuität und Bruch deutlich. Weil Ebert den Gedanken der Ordnung auf der Basis von Verfassung, Rechtsstaat und demokratischen Verfahren mit der Idee der sozialen Emanzipation und der Freiheit

23 Eduard Heilfron (Hrsg.), Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates, 9 Bde., Berlin 1919–1920, hier: Bd. 1, S. 28.

24 Von der 53. Sitzung am 10. Juli 1919 bis zur 70. Sitzung am 30. Juli 1919. Verhandlungen der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte (Verhandlungen des Reichstages, Band 328), Berlin 1920, S. 2074–2077 und 2077–2081; *Wilhelm Ribbege*, Die Weimarer Nationalversammlung 1919 als Ort der Erinnerung, in: Michael Schultheiß/Julia Roßberg (Hrsg.), Weimar und die Republik. Geburtsstunde eines demokratischen Deutschlands, Weimar 2009, S. 39–70 (52).

25 Heilfron (Hrsg.), Deutsche Nationalversammlung (Fn. 23), Bd. 7, S. 453; *Christoph Gusy*, Die Weimarer Reichsverfassung, Tübingen 1997, S. 90 ff.; *Willibald Apelt*, Geschichte der Weimarer Reichsverfassung, 2. Aufl., München 1964, S. 55–124; *Ribbege*, Weimarer Nationalversammlung (Fn. 24), S. 56; *Leonhard*, Frieden (Fn. 4), S. 883–884.

verknüpfte, weil er »Recht und Freiheit« als »Zwillingsschwestern« ansah, legte er so besonderen Wert auf die Stellung der Grundrechte in der Verfassung. Ihre Verankerung in der Verfassung stellte gegenüber der Verfassung des Kaiserreichs eine grundlegend neue Qualität dar²⁶.

Im Blick auf die Kompetenzen des Reichspräsidenten und die Stellung des Amtes im Verfassungsgefüge wurde dagegen eine Kontinuität zum Kaiserreich besonders deutlich. Denn der ausgesprochene Dualismus zwischen Staatsoberhaupt und Parlament setzte sich im Modus der Republik fort, während Kanzler und Regierung nahe an das Staatsoberhaupt gerückt wurden. Friedrich Ebert verstand sich aufgrund der präsidentialen Befugnisse bei der Regierungsbildung, der Parlamentsauflösung und dem Notverordnungsrecht als eigentliches Zentrum der Regierungsgewalt – was zunächst durch die informellen Beziehungen zu den Ministern der SPD kaum Probleme aufwarf, wohl aber bei nachfolgenden Kanzlern und Kabinetten aus bürgerlichen Parteien. Als es nach den Reichstagswahlen 1920 zur Bildung einer ersten Regierung ohne Beteiligung der SPD kam, zeichnete sich eine neue Konstellation ab. Die zunehmende Polarisierung an den politischen Rändern rückte den Reichspräsidenten und seine Reservemacht ins Zentrum. Weil mit dem Reichspräsidenten eine Alternative zu handlungsfähigen Mehrheiten im Reichstag existierte, nahm langfristig die Bereitschaft der Parteien ab, Kompromisse zu suchen.

In den Krisen nach 1919 – vom Kapp-Lüttwitz Putsch 1920 über die kommunistischen Aufstandsversuche im Rahmen der Märzaktion 1921 bis zum Krisenjahr 1923 mit Ruhrbesetzung, Hyperinflation, Separatismus und Hitler-Putsch – ließ sich einerseits erkennen, dass die Verfassung dem Reichspräsidenten die Mittel gab, die Republik zu verteidigen. Andererseits setzte sich in diesen Krisen Eberts Neigung fort, militärischen Beratern allzu unkritisch zu folgen und ihnen damit einen großen Handlungsspielraum zuzugestehen. Sein durch nichts gerechtfertigtes Vertrauen in den Chef des Heeresamtes, Hans von Seeckt, dem er 1923 angesichts des kommunistischen Aufstands in Mitteldeutschland und des Hitler-Putsches die Kommandogewalt über die Reichswehr übertrug, ebnete den Weg zu einem Sonderstatus des Militärs als politisch unkontrolliertes Organ, eben als »Staat im Staate«. Hier setzte sich die Praxis nach dem November 1918 bis in den Herbst 1923 fort. Der häufige Rückgriff auf die präsidentiale Notverordnungsmacht – allein 1923 waren es 42 Verordnungen – rettete die Republik in den Krisen bis 1923, aber der Preis dafür war hoch. Die erheblichen Gefahren, die Eberts Weggefährte, der preußische Ministerpräsident Otto Braun, klarsichtig erkannte, verdrängte

26 *Friedrich Ebert*, Rede nach der Wahl zum Reichspräsidenten (11. Februar 1919), in: ders., Reden (Fn. 19), S. 70–73 (72).

Ebert. Das präsidiale Notverordnungsrecht rückte das Parlament in den Hintergrund und entließ die Parteien in gewisser Weise aus ihrer Verantwortung zur Gestaltung auf der Basis tragfähiger Kompromisse²⁷.

IV. Ausblick:

Das Überleben der Republik nach dem »Traumland«

Harry Graf Kessler vermerkte in seinem Tagebuch am 4. August 1919 aus Berlin: »Heute vor fünf Jahren! [...] Nur fünf Jahre! Und doch ein Jahrhundert, das zwischen damals und heute liegt: eine Weltepoche! Ich entsinne mich, daß wir uns scheuten, in Uniform über die Straße zu gehen, wegen der Ovationen, die wir lächerlich fanden.«²⁸ Auch im Sommer 1919 blieb der Zusammenhang zwischen der republikanischen Ordnung und dem durch den Friedensvertrag definierten Status Deutschlands erhalten – aber nicht im Sinne einer erhofften Integrationswirkung, sondern als negative Grundlage für eine vergiftete Polemik gegen die neue Republik, deren Vertreter als Erfüllungshelfer der Siegermächte stigmatisiert wurden. Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags und der Verabschiedung der Verfassung dominierte der nach innen gewandte Hass auf die angeblichen Verräter, der die deutsche Gesellschaft und Politik spaltete. Die radikale Rechte machte aus dem Widerstand gegen die Bestimmungen des Friedensvertrags und die neue republikanische Ordnung von Anfang an einen Kampf um die Ehre der Nation. Ihre Demütigung lastete man den Vertretern der Republik an, ob in Weimar beim Beschluss zur Annahme des Vertrags oder in Versailles bei der Unterzeichnung. Insofern wurde Weimar für viele Deutsche zum doppelten Erinnerungsort, dem Ort der Verfassunggebung und der Annahme des Versailler Friedensvertrags, der die Völkerbundakte enthielt. Dass das Deutsche Reich aber zunächst vom Völkerbund ausgeschlossen blieb, sollte sich als entscheidende Schwäche der Friedensarchitektur erweisen und die Glaubwürdigkeit der Siegermächte schwächen.

Dass die Empörung über den Versailler Vertrag keine integrative Wirkung entfaltete, erwies sich exemplarisch in den Debatten der Nationalversammlung. Bereits seit dem Sommer 1917 war der Ausweg aus dem Weltkrieg unmittelbar mit der konstitutionellen Entwicklung des Deutschen Reiches verknüpft gewesen. Dieser Zusammenhang bestimmte den Weg zum 9. und 11. November 1918, zum 18. und 19. Januar 1919 und in die Verfassunggebung in Weimar bis in den Sommer 1919, als die Nationalversammlung im Juli 1919

²⁷ Leonhard, Republik (Fn. 11), S. 40 ff.

²⁸ Harry Graf Kessler, Eintrag vom 4. August 1919, in: ders., Tagebuch, Bd. 7 (Fn. 13), S. 254.

zunächst den Friedensvertrag ratifizierte und dann die neue Verfassung verabschiedete²⁹.

Doch ließen die dramatischen Beratungen und Krisenmomente in Weimar übersehen, was die neue Friedensarchitektur für die neue deutsche Republik eben auch bedeutete. Die materiellen Bedingungen des Versailler Vertrags waren ohne Zweifel hart, doch sie stellten weder die territoriale Integrität des Reiches in Frage, noch zerstörten sie von vornherein die ökonomische Potenz Deutschlands. Die maritimen Kolonien hatten große symbolische Bedeutung für die weltpolitischen Ansprüche des Kaiserreiches besessen, doch ihre ökonomische Bedeutung war begrenzt gewesen. Mit der Abtretung Nordschleswigs an Dänemark und des Reichslandes Elsass-Lothringen an Frankreich hatten die meisten Deutschen nach dem November 1918 gerechnet. Schwerer wogen die an Polen verlorenen Territorien und die Besetzung des Rheinlands, während die mehrheitlich deutsch bewohnten kleinen Kunststaaten unter Verwaltung des Völkerbundes in Danzig, im Memelgebiet und an der Saar konfliktträchtige Provisorien darstellten. In Osteuropa bot das Ende der drei Großreiche und die Entstehung neuer Klein- und Mittelstaaten mit großen Minderheiten die mittel- und langfristige Chance, die deutsche Position durch eine entsprechende Wirtschafts- und Kulturpolitik auszubauen, zumal sich erst erweisen musste, ob aus dem »cordon sanitaire« der ostmitteleuropäischen Staaten eine stabile französische Machtstellung erwachsen würde. Doch diese Chancen wurden damals kaum erkannt. Vorherrschend war in diesem Sommer 1919 ein ganz anderer Eindruck³⁰.

Doch als im November 1923 der dilettantische Putsch Adolf Hitlers in München niedergeschlagen wurde, die letzte Welle von Separatisten-Aufständen im Rheinland und kommunistischer Revolten in Mitteldeutschland und Hamburg auslief, hatte die Republik ihre bislang schwerste Krise überwunden. Das Jahr 1923 bewies, dass es trotz mehrfacher Belastung keine per se aussichtslose Situation gab. Ohne Zweifel stellten der Versailler Friedensvertrag und der lange Kampf um die Umsetzung seiner Bestimmungen eine massive Belastung für die Legitimität der Republik dar, und ein moderater Friedensschluss hätte für die erste deutsche Demokratie eine bessere Ausgangsposition für die Krisenphase ab 1928 bedeutet. Aber Adolf Hitlers Machtergreifung allein mit dem Versailler Vertrag zu erklären, verzerrt das Bild.

Hätte der Grund für das Scheitern der Weimarer Republik primär im Friedensschluss von Versailles und einer angeblich so prekären Verfassungs-

²⁹ Leonhard, Frieden (Fn. 4), S. 1215–1216.

³⁰ Detlev J. K. Peukert, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt a. M. 1987, S. 52–57 und Andreas Kossert, Ostpreußen. Geschichte und Mythos, 5. Aufl., München 2005, S. 267–273.

ordnung gelegen, dann hätte die erste deutsche Demokratie das Jahr 1923 kaum überleben dürfen. Was 1923 von 1933 unterschied, war vor allem das Fehlen einer mehrheitsfähigen Systemalternative, die weder auf der radikalen Linken noch auf der radikalen Rechten existierte. Die Angst vor einer Besetzung des gesamten Reichsgebietes durch französische Truppen war auf der Seite der radikalen Rechten und der Reichswehr am Ende größer als ihre Bereitschaft, einen erneuten Putsch zu unternehmen. Nur die radikalen Gruppen um die NSDAP waren zu diesem Risiko bereit, aber der Ausgang des 9. November 1923 in München unterstrich deren Minderheitenposition. Demgegenüber hatten die letzten Aufstandsversuche der radikalen Linken 1921 und 1923 bewiesen, dass es keine Massenbasis mehr gab, die im Ruhrkampf 1920 noch Zehntausende mobilisiert hatte³¹.

Am Ende des Krisenjahres 1923 und nach einer fast ununterbrochenen inneren und äußeren Belagerung der deutschen Republik seit dem 9. November 1918 erlebte der 16-jährige Sebastian Haffner den Berliner Weihnachtsmarkt. Die Menschen kauften wieder Dinge für wenige Pfennige, die vor kurzem noch Millionen und Milliarden gekostet hatten: »Alles kostete zehn Pfennige und jeder kaufte Klappern, Marzipantiere und sonstiges kindisches Zeug, nur um sich zu beweisen, daß man wieder etwas für zehn Pfennige kaufen konnte. Vielleicht auch um das letzte Jahr, die ganzen letzten zehn Jahre, zu vergessen und sich wieder wie ein Kind zu fühlen.« Erst jetzt, fünf Jahre nach dem Ende des Weltkrieges, stellte sich ein Gefühl des Friedens ein, dem man bei allen Belastungen vielleicht doch trauen konnte. Was für die Preise nach der Hyperinflation galt, schien ein Signum für die Zeit: »An allen Ständen«, so Haffner, hingen Plakate: »Friedenspreise wieder«. Zum ersten Mal sah es wirklich nach Frieden aus.³²

31 *Ulrich Herbert*, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 211–212.

32 *Sebastian Haffner*, *Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914–1933*, 3. Aufl., München 2004, S. 68; *Leonhard*, *Frieden* (Fn. 4), S. 1224 f., 1227 f. und 1235 f.